



Blickpunkte

Inhalt

Joachim Gauck –
unser Kandidat für
das Bundespräsi-
dentenamt

Schwarz-gelbes
Sparpaket ohne
soziale Balance

Sachgrundlose Be-
fristung abschaffen

Bildungsgipfel ge-
scheitert

Nationalen Bil-
dungspakt schaffen

Aus dem Wahlkreis
/ Kurz notiert

- Keine Zustimmung
zu Euro - Rettungs-
schirm
- Mit Stipendium in
die USA
- Lengericher Unter-
nehmer trifft Politi-
kerin
- Hubschrauber-
Besatzungen wol-
len mehr Sold
- Bildnachweis

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Redaktion:

Dr. Marc Schrameyer

Bergstr. 11

48607 Ochtrup

Tel. 02553/9771053

Fax 02553/9771054

[buero.ochtrup@arndt-
brauer.de](mailto:buero.ochtrup@arndt-
brauer.de)



Liebe Leserinnen und Leser,

Nach dem plötzlichen Rücktritt von Horst Köhler mussten wir schnell entscheiden, welche Persönlichkeit das Amt des Bundespräsidenten am besten ausfüllen kann. Die Menschen sind verunsichert. Viele haben den Verdacht, dass die Politik machtlos gegenüber den Märkten ist. Bei vielen hat das Vertrauen in die Kraft der Demokratie gelitten. Das Ansehen der Bundesregierung ist im Sturzflug.

In dieser Lage kam es uns darauf an, einen wirklich überparteilichen und respektierten Kandidaten zu finden, der über die Lager hinweg Orientierung zu geben, Hoffnung zu wecken und Vertrauen wiederzugewinnen vermag. Wir haben der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel mehrfach angeboten, einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen. Sie hatte aber offenbar weder den politischen Willen noch das Durchsetzungsvermögen, diesen Weg zu gehen. Wir haben deshalb in enger Abstimmung mit Bündnis 90 / Die Grünen Joachim Gauck als neuen Bundespräsidenten vorgeschlagen. Er bezeichnet sich selbst als linker und liberaler Konservativer. Er spricht offen und öffnet dadurch die Auseinandersetzung über unsere Zukunft. Er vereint in seiner Person die Unabhängigkeit, die Integrität, die Lebenserfahrung und die intellektuelle Kraft, um unserer Demokratie neues Selbstvertrauen zu geben und die Institution des höchsten Staatsamtes zu stärken.

Unser Land steht vor großen sozialen Belastungsproben. Eine der größten ist die Antwort auf die Finanzmarktkrise und der Ausweg aus der staatlichen Schuldenkrise. Vor dieser Katastrophe hatten wir Deutschland auf einen hoffnungsvollen Konsolidierungskurs gebracht, und gesamtstaatlich schrieben die öffentlichen Haushalte eine schwarze Null.

Wir erleben eine Zäsur. Die Handlungsfähigkeit des Staates, der soziale Zusammenhalt und die Zukunftsinvestitionen unserer Gesellschaft stehen auf dem Spiel. Klientel- und Subventionspolitik, Privilegien und Begünstigungen für Wohlhabende auf der einen, Belastungen von Arbeitnehmern und Arbeitslosen auf der anderen Seite spalten die Gesellschaft. Deutschland braucht eine Neubestimmung der Politik: Wie kommen wir zu einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte? Wer zahlt die Kosten und Folgekosten der Finanzmarktkrise? Wie können die Lasten gerecht verteilt werden? Nicht zuletzt: Wie verhindern wir kopflose Ausgabenkürzungen und einen neuen Konjunkturreinbruch?

Die schwarz-gelbe Koalition hat ein Papier mit zahlreichen Ankündigungen vorgestellt. Was Merkel und Westerwelle nach wochenlangem Streit produziert haben, wird den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Schwarz-Gelb zeigt kein Krisenbewusstsein und leitet keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Wirkliches Umsteuern hätte bedeutet, als erstes Klientelgeschenke und Steuerprivilegien im Umfang von 5,6 Mrd. Euro zurückzunehmen. Davon kein Wort. Nachdem Erben und Hotelketten bedient wurden, müssen jetzt Arbeitslose und Familien schwere Einschnitte hinnehmen. Soziale Politik sieht anders aus, Frau Merkel!

Ihre,

Ingrid Arndt-Brauer





Blickpunkte

SPD und Grüne benennen Joachim Gauck als Bundespräsidentenkandidat

Joachim Gauck, der ehemalige Leiter der Stasiunterlagenbehörde, tritt als gemeinsamer Kandidat von SPD und Grünen an. Der frühere DDR-Bürgerrechtler steht parteiloser Demokrat dem von Schwarz-Gelb benannten niedersächsischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Christian Wulff gegenüber.



Gauck selbst bezeichnet sich als „linker, liberaler Konservativer“. Vielfach hat er bewiesen, dass er grundsätzliche Debatten prägen und unserer Gesellschaft Orientierung geben kann. Dazu wird Joachim Gauck auch die Zeit bis zum 30. Juni nutzen und wichtige Debatten auf die Agenda zu setzen. Joachim Gaucks Kandidatur ist keine Kandidatur gegen irgendjemanden, sondern eine Kandidatur für eine bestimmte Vorstellung vom Amt des Bundespräsidenten. Als Bürgerrechtler hat er immer wieder deutlich gemacht, dass es neben den Parteivertretern engagierte Menschen in unserem Land gibt, die unsere Demokratie mit Leben füllen. Aus ihrer Mitte tritt er seine Kandidatur an.

Gauck steht damit für ein Verständnis des Amtes des Bundespräsidenten, das nicht parteitaktische Machtkämpfe in den Mittelpunkt stellt, sondern die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Demokratie in unserem Land.

Joachim Gauck bringt ein Leben mit, wo andere Kandidaten in erster Linie auf eine politische Laufbahn verweisen müssen. Joachim Gauck ist eine überzeugende Antwort auf eine parteiliche, macht-

politische Entscheidung von Schwarz-Gelb. Wir werden in den kommenden Wochen für unseren Kandidaten, sein Amtsverständnis und für eine Mehrheit für Joachim Gauck werben.

Aus dem Leben von Joachim Gauck

Joachim Gauck wurde 1940 als Sohn eines Kapitäns in Rostock geboren. Eigentlich wollte er in der DDR Journalist werden. Der Studienplatz für Germanistik wurde ihm jedoch versagt. Denn er hatte sich sowohl der Pionierorganisation als auch der FDJ verweigert. So studierte er nach dem Abitur evangelische Theologie.

Später begann sich die Staatsicherheit für den Kirchenmann aus Mecklenburg-Vorpommern zu interessieren, weil er für seine kritische Haltung in Umwelt- und Menschenrechtsfragen einstand.

Im Wendejahr 1989 arbeitete Gauck im Neuen Forum mit. Dort lag ihm die Aufdeckung des DDR-Überwachungsapparates besonders am Herzen.

In der am 18. März 1990 frei gewählten DDR-Volkammer saß er dem Sonderausschuss zur Auflösung der Stasi vor. Am Tag vor dem Vollzug der deutschen Einheit wählte die Volkammer Gauck zum "Sonderbeauftragten" für die Stasi-Unterlagen. Tagsdrauf bestätigte ihn die Bundesregierung in diesem Amt für ganz Deutschland. Ein gutes Jahr später wurde das Stasi-Unterlagengesetz in Kraft gesetzt und Gauck wurde Bundesbeauftragter. 2000 endete seine Amtszeit. Joachim Gauck ist Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen - Für Demokratie.



Blickpunkte

Joachim Gauck

Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten



Hintergrundinformationen zur Wahl der Bundespräsidentin/des Bundespräsidenten

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler ist mit Wirkung vom 31. Mai 2010 von seinem Amt zurückgetreten. Dies ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik. Vor gut einem Jahr, am 23. Mai 2009, hatte ihn die Bundesversammlung für eine zweite, fünfjährige Amtszeit gewählt. Nach Artikel 54 Absatz 4 des Grundgesetzes muss die Bundesversammlung bei vorzeitigem Ende der Amtszeit innerhalb von 30 Tagen zusammentreten. Der Bundestagspräsident muss die Bundesversammlung einberufen.

Heute gab Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert bekannt, dass die Bundesversammlung den neuen Bundespräsidenten oder die neue Bundespräsidentin am Mittwoch, 30. Juni 2010, wählen wird. Der Termin wurde in Absprache mit dem amtierenden Bundesratspräsidenten Jens Böhrnsen, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und mit den Partei- und Fraktionsführungen des Bundestages festgelegt.

Bundesversammlung mit 1.244 Mitgliedern

Die Bundesversammlung setzt sich zurzeit aus 1.244 Mitgliedern zusammen: den 622 Bundestagsabgeordneten und ebenso vielen Mitgliedern, die von den Parlamenten der 16 Bundesländer entsandt werden (Artikel 54 Absatz 3 des Grundgesetzes). Die Feststellung der auf die Landtage entfallenden Wahlmänner und -frauen kann vielleicht schon nach der Sitzung des Bundeskabinetts am 2. Juni, spätestens am Montag, 7. Juni, erfolgen. Bis spätestens 18. Juni müssen dann die Landtagspräsidenten die gewählten Wahlmänner und -frauen dem Bundestagspräsidenten mitteilen, damit die Delegierten rechtzeitig zur Bundesversammlung geladen werden können.

Da der nordrhein-westfälische Landtag sich vor der Bundesversammlung konstituieren wird, werden auch dort die Wahlmänner und -frauen rechtzeitig gewählt werden können.

Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten

Zum Bundespräsident wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat. Der Bundespräsident muss nicht notwendigerweise aus der Politik stammen. Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten darf jedes Mitglied der Bundesversammlung vorschlagen. In der Praxis einigt man sich innerhalb der Fraktionen schon im Voraus auf bestimmte Bewerber. Im Falle der anstehenden Wahl am 30. Juni 2010 bleibt abzuwarten, ob die SPD-Bundestagsfraktion eine/n eigene/n Kandidatin/Kandidaten aufstellt, oder man sich mit den Regierungsfractionen auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigen kann.

Mehr Informationen zum Kandidaten finden Sie unter:

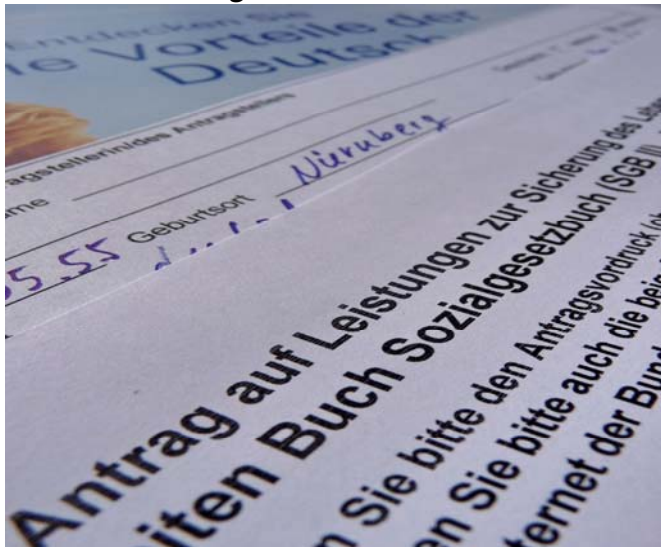
<http://www.joachim-gauck.de/>



Blickpunkte

Schwarz-gelbes Sparpaket ohne soziale Balance Unsere Position: Konsolidieren mit Kompass

Schwarz-Gelb am toten Punkt – ohne Orientierung und ohne Ordnung



© Gerhardt / pixelio.de

Die schwarz-gelbe Koalition und das System Merkel haben in der Finanzkrise versagt. Haltlose Steuer-senkungsversprechen, von denen Gutverdiener und Vermögende am meisten profitieren sollten; eine bizarre Gesundheitsreform, die mit Einführung der Kopfpauschale Milliardenkosten für den Steuerzahler gebracht und Millionen Menschen zu Bittstellern gemacht hätte – das waren die „Projekte“ von Schwarz-Gelb im Herbst 2009. Wir haben von Anfang an gesagt: Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP hat ein eindeutig bestimmtes Verfallsdatum. Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010. Und genau so ist es gekommen: Nach den Wahlen wurden die Entlassungsversprechen beerdigt. An ihre Stelle ist jetzt ein vollkommen orientierungsloser Koalitionsstreit um Abgaben- und Steuererhöhungen und massive Einschnitte für Arbeitslose und Familien getreten. „Mehr Netto vom Brutto“ lautete das zentrale Wahlversprechen von Merkel und Westerwelle. „Schwarz-Gelb kassiert ab und bastelt an neuen Belastungen für die Bürger“, berichten jetzt die Medien (FTD, 3.6.2010) Fakt ist: Mit Schwarz-Gelb wird

die Mehrheit der Menschen am Ende weniger haben. Abgaben werden erhöht. Die Nettolöhne nimmt ihren Lauf.

Monatelanges Taktieren, Ausweichen und Vernebeln von Entscheidungen – das sind die Kennzeichen des Systems Merkels. Die Wahlprogramme der Regierungsparteien sind überholt. Der Koalitionsvertrag ist obsolet. Die Bundesregierung schlingert ohne Projekt und Programm, ohne Orientierung und ohne Ordnung in die Aufstellung des Bundeshaushalts 2011 und in die Finanzplanung bis 2014. Inmitten der schwersten Finanzkrise der bundesdeutschen Geschichte befindet sich Deutschland im Regierungschao und verspielt seinen Ruf als verlässlicher Partner in Europa.

Am 7. Juni 2010 hat die Bundesregierung ein Papier zur Haushaltspolitik vorgestellt, das als großer Wurf angekündigt worden war. Die wesentlichen Punkte sind:

Staatliche Einnahmen zu Lasten der Wirtschaft

- Abschaffung von Energiesteuervergünstigungen im Umfang von 1 Mrd. Euro in 2011 und jeweils 1,5 Mrd. Euro in den Folgejahren.
- Eine nationale Abgabe auf den Luftverkehr für alle Passagiere, die von deutschen Flughäfen starten, im Umfang von 1 Mrd. Euro jährlich.
- Eine neue Steuer für die Atomwirtschaft im Umfang von 2,3 Mrd. Euro jährlich.
- Zahlungen der Deutschen Bahn AG an den Bundeshaushalt im Umfang von 500 Mio. Euro jährlich.
- „Beteiligung“ der Banken ab 2012 im Umfang von 2 Mrd. Euro jährlich.

Einschnitte zu Lasten von Arbeitslosen und Familien

- Umwandlung von Pflichtleistungen für Arbeitslose in Ermessensleistungen mit Einschnitten von 2 Mrd. Euro in 2011, 4 Mrd. in 2012 und jährlich 5 Mrd. Euro ab 2013 – insgesamt 16 Mrd. Euro bis 2014.



Blickpunkte

- Streichung des befristeten Zuschlags auf das Arbeitslosengeld II mit Einschnitten von 200 Mio. Euro jährlich.
- Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose mit Einschnitten von 1,8 Mrd. Euro jährlich.
- Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger mit Einschnitten von 100 Mio. Euro jährlich.
- Streichung des Mindestelterngeldes von 300 Euro für Arbeitslose mit Einschnitten von 400 Mio. Euro jährlich.
- Absenkung des Elterngeldes mit Einschnitten von 200 Mio. Euro jährlich.

Darüber hinaus werden Kürzungen im öffentlichen Dienst und die Streichung von 10.000 Stellen in der Bundesverwaltung angekündigt. Auch eine „Streitkräftereform“ wird mit Einsparungen von 2 Mrd. Euro ab 2013 veranschlagt. Allgemein wird angekündigt, dass der steuerliche Zuschuss für die Bundesagentur für Arbeit vollständig gestrichen wird.

Fazit: Diese Ankündigungen der schwarz-gelben Koalition werden den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Sie zeigen kein Krisenbewusstsein und leiten keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Sie haben keine Kraft und keinen Mut zur Korrektur. Wirkliches Umsteuern hätte bedeutet, Klientelgeschenke und Steuerprivilegien im Umfang von 5,6 Mrd. Euro zurückzunehmen. Davon keine Spur. Da mutet es zynisch an, wenn das Papier behauptet, es werde in dieser Legislaturperiode keine neuen Subventionen geben. Nachdem Erben und Hotelketten bedient wurden, müssen jetzt Arbeitslose und Familien schwere Einschnitte hinnehmen.

Die Dimension des Konsolidierungsbedarfs

Es geht bei den anstehenden haushaltspolitischen Entscheidungen nicht nur um den Haushalt für das kommende Jahr 2011. Maßgeblich für Erfolg oder Scheitern ist, welche Weichenstellungen getroffen werden, um den bis 2016 kontinuierlich aufwachsenden Konsolidierungsbedarf zur Rückführung des strukturellen Haushaltsdefizits auf den Weg zu bringen. Vor allem ist daher das Augenmerk auf die Finanzplanung bis 2014 zu richten.

Der Bund muss die Nettokreditaufnahme von dem für 2010 veranschlagten Niveau von 80 Milliarden

Euro bis 2014 in Jahresschritten von jeweils rund 13 Milliarden Euro auf dann rund 25 Milliarden Euro senken, um bis 2016 das Zielniveau der strukturellen Verschuldung von maximal 0,35 Prozent des BIP erreichen zu können.

Zusätzlich ist zu beachten, dass nicht nur der Bund, sondern auch viele Länder und Gemeinden in Deutschland vor gewaltigen Finanzierungslücken stehen, die nach den Vorgaben der Schuldenbremse sowie des Europäischen Stabilitätspakts in den kommenden Jahren zu schließen sind: Allein 2009 betrug das Defizit der Kommunen 7,7 Mrd. Euro (-17 Prozent gegenüber 2008). Für 2010 wird ein Defizit von 9 Milliarden Euro erwartet – herbeigeführt auch durch die Maßnahmen der Koalition, welche die Gewerbesteuer geschwächt haben. Hinzu kommen massive Konsolidierungsnotwendigkeiten auf Länderebene: Die Schuldenbremse verlangt, dass die Länder in Zukunft keinerlei Neuverschuldung mehr aufweisen! Für die SPD ist klar: Gerade auch auf diesen bürgernahen Ebenen unseres Gemeinwesens darf es nicht durch übermäßige Sparauflagen oder Lastenverlagerungen vom Bund zu einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit kommen.

Unsere Position: Konsolidieren mit Kompass – für eine neue Ordnungspolitik

Der anspruchsvolle Weg zu einer dauerhaft tragfähigen Konsolidierung ist nur mit einer atmenden Fiskalpolitik zu beschreiten: Das enge ideologische Korsett einer überholten Wirtschaftstheorie ist abzulegen. Einseitige Einschnitte in die öffentlichen Haushalte zu Lasten schwächerer Gruppen in der Gesellschaft und drastische Kürzungen mit schockartigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung führen nicht zum Ziel. Aber auch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme sind kein dauerhaft wirksames Mittel. Eine umfassende Konsolidierungsstrategie in Zeiten einer dramatischen Finanz- und Vertrauenskrise muss drei Dimensionen zusammenführen:

1. **Ein neuer Lastenausgleich:** Steuerliche Privilegierung einzelner Gruppen oder Einkommensarten, bestimmter Unternehmen, Erben, Hoteliers, Begünstigung von oberen Einkommensgruppen, Subventionen mit ökologisch, ökonomisch und sozial zweifelhaften Wirkungen, die Haftungsfreistellung von unternehmerischen Entscheidungen zu Lasten des Staates,



Blickpunkte

die Sanierung von Banken und Kapitalmarktakteuren auf Kosten des Steuerzahlers – all dies zerstört nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern auch das Vertrauen in die Gerechtigkeit der Lastenverteilung. Gerade jetzt brauchen wir einen neuen Lastenausgleich, der untere Einkommensgruppen entlastet, Wohlhabende und Vermögende aber stärker für das Gemeinwohl in die Pflicht nimmt; der die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen zurückführt und Kapitalmarktakteure an den Kosten der Krise und der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt. Niemand darf jetzt aus der Verantwortung entlassen werden.

2. Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand:

Damit der Staat trotz Rückführung der Verschuldung handlungsfähig bleibt, muss Konsolidierung beides umfassen: Ausgaben zurückführen und Einnahmen verbessern. Einsparungen sind mit Vorrang bei Klientelgeschenken, Privilegien und Subventionen zu realisieren. Einnahmeverbesserungen sind mit Vorrang dort zu realisieren, wo heute noch große Gewinne und Einkommen mit geringen Steuerbelastungen einhergehen.

3. Zukunftsinvestitionen und neues Wachstum:

Atmende Fiskalpolitik heißt, über Investitionen und nachhaltiges Wachstum auch die staatlichen Haushalte zu stabilisieren. Haushaltspolitik muss eine Wachstumsstrategie beinhalten. Dazu gehören ein Impulsprogramm für unternehmerische Investitionen, die Steigerung der Ausgaben für Bildung und Forschung, die finanzielle Stabilisierung der Kommunen für ihre Aufgaben bei Infrastrukturmodernisierung und öffentlichen Dienstleistungen. Der Binnenmarkt in Deutschland muss vom Bremsklotz zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Europa werden. Das geht nur mit einer höheren Beschäftigungsquote, mit besseren Löhnen und Einkommen für die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir wissen, zum Teil auch aus der leidvollen Erfahrung der Vergangenheit, dass eine in zu engem Korsett gefangene Sparpolitik, die es nicht vermag, gleichzeitig das zur Verbesserung der Defizit- und Schuldenstandsquote nötige Wachstum zu sichern, kaum von Erfolg gekrönt sein wird. Wir fordern

deshalb trotz des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs einen Rettungsschirm für die Kommunen, um deren Investitionskraft auch nach dem Auslaufen des Konjunkturpakets II zu stabilisieren. Wir fordern eine deutliche Anhebung der Bildungsausgaben als notwendiges Fundament zukünftigen Wachstums in Deutschland.

Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen müssen und können seriös finanziert werden. Erste Schritte dazu sind aus unserer Sicht:

- **Klientelgeschenke ohne Wachstumswirkung zurücknehmen:**

Die von Schwarz-Gelb im sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ an Hoteliers, Firmenerben und gewinnverlagernde Konzerne beschlossenen Steuerprivilegien sind zurückzunehmen. Dies ist die Gretchenfrage der haushaltspolitischen Glaubwürdigkeit der Bundesregierung.

Einnahmeverbesserungen von 5,6 Milliarden Euro (für den Bund 1,8 Milliarden Euro).

- **Abbau umweltschädlicher Subventionen und Privilegien der Atomwirtschaft:**

Besteuerung von Brennelementen mit Einnahmeverbesserungen von mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich.

Übertragung der Kosten für die Sanierung der Atommülllager Asse und Morsleben auf die Urheber der eingelagerten Mengen mit Einsparungen von rund 4 Milliarden Euro.

- **Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns:**

Die Einführung des Mindestlohns dämmt Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers ein. So kann man Subventionen abbauen, den Sozialstaat vor Missbrauch schützen und die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhöhen.

Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro bei den Leistungen für so genannte „Aufstocker“, also Menschen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung beziehen müssen. (Auskunft BMAS vom Oktober 2008 bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro)

Einnahmeverbesserungen von mindestens 4 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen und eine Steigerung der Arbeitnehmerentgelte (laut Studie des IAT von 2006 für einen Mindestlohn von 7,50 Euro).

- **Zur Bewältigung der Krisenlasten in den öffentlichen Haushalten müssen die Verant-**



Blickpunkte

wortlichen Akteure auf den Finanzmärkten ihren Beitrag leisten. Einführung einer Finanztransaktionssteuer zumindest auf europäischer Ebene. Einnahmeverbesserungen von rund 12 Milliarden Euro

- **Stärkere Beteiligung großer Einkommen und hoher Vermögen.** Anhebung des Spitzensteu-

ersatzes der Einkommenssteuer und stärkere steuerliche Beteiligung großer Vermögen. Einnahmeverbesserungen je nach Ausgestaltung von mindestens 5-10 Milliarden Euro jährlich, von denen der Anteil der Vermögensbesteuerung allein den Ländern zugute käme.

Sachgrundlose Befristung abschaffen Arbeitnehmer/innen brauchen ein Mindestmaß an Sicherheit

Inzwischen arbeitet jeder zehnte Arbeitnehmer ohne feste Stelle. Fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. Angesichts dieser Entwicklung fordern wir in einem Antrag (Drs. 17/1769), die sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Mit sachgrundlosen Befristungen wird Beschäftigten eine langfristige Perspektive verweigert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen jedoch ein Mindestmaß an Sicherheit, um sich gesellschaftlich zu engagieren oder eine Familie zu gründen.



© Weiss / pixelio.de

Unter Schwarz-Gelb sollen die befristeten Arbeitsverhältnisse darüber hinaus noch ausgedehnt werden. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Möglichkeit zur Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von zwei Jahren zu streichen. Gestrichen werden sollen auch die Befristungsmöglichkeiten ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes in den ersten vier Jahren nach der Gründung eines Unternehmens, sowie die Befristung bis zur Dauer von fünf Jahren für Arbeitnehmer ab Vollendung des 52. Lebensjahres.

Nur ein gesichertes Arbeitsverhältnis bietet ein geeignetes Fundament, um gute Arbeitsbedingungen einfordern zu können. Wer auf eine Entfristung oder einen Anschlussvertrag hofft, wird eher nicht auf die Bezahlung seiner Überstunden bestehen und scheut sich, auch andere ihm zustehenden Rechte wahrzunehmen. Nachweislich schneiden durchweg alle relevanten Arbeitsbedingungen, insbesondere Lohnhöhe sowie Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bei befristeten Beschäftigten deutlich schlechter ab als bei Unbefristeten.

Die Zahl der Befristeten ist stark gestiegen, und gleichzeitig nimmt die Zahl der Unbefristeten ab. Dies ist eine falsche Entwicklung, die den Kündigungsschutz aushöhlt. Fast jeder zehnte Beschäftigte arbeitet inzwischen in einem befristeten Arbeitsverhältnis; knapp jeder zweite neu abgeschlossene Vertrag ist inzwischen nur noch befristet (Statistisches Bundesamt).

Die sachgrundlose Befristung ist bis zu einer Höchstdauer von zwei Jahren zugelassen. Sie wurde während der Kohl-Regierung eingeführt und hat nicht zu mehr Beschäftigungsverhältnissen geführt, sondern zu mehr Unsicherheit bei vielen Beschäftigten. Ende 2000 wurde sie auf Neueinstellungen beschränkt. Durch eine Vielzahl an Studien ist inzwischen belegt, dass befristete Beschäftigung die



Blickpunkte

Beschäftigungsaussichten weder verbessert noch verschlechtert. Nur noch bei jeder dritten offenen Stelle handelt es sich um einen regulären, sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob. Auch die sachgrundlose Befristung für Ältere hat in Untersuchungen schlecht abgeschnitten. Sie hat nachweislich keinerlei Einfluss auf die Einstellungspraxis in den Unternehmen. Es gibt daher auch keine sachliche Rechtfertigung, die Befristungsmöglichkeit für Ältere und für neugegründeten Unternehmen bestehen zu lassen. Beschäftigte müssen ihr Leben planen

können. Flexible Beschäftigung ist weiter möglich. Es gibt eine breite Palette von Sachgründen, die eine Befristung rechtfertigen. Dank einer Vielzahl von gesetzlichen Befristungsgründen können Unternehmens-Bedürfnisse nach nur vorübergehender Beschäftigung abgedeckt werden. Durch ihre zunehmende Ausbreitung hat sich die sachgrundlose Befristung zu einem Abbau des Kündigungsschutzes durch die Hintertür entwickelt. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

Bildungsgipfel gescheitert

Bund und Länder haben sich beim Bildungsgipfel nicht auf die Finanzierung der geplanten zusätzlichen Investitionen für Bildung und Forschung geeinigt. "Mit der so genannten Bildungsrepublik ist jetzt auch das letzte Prestigeobjekt von Schwarz-Gelb gescheitert", kommentierte die stellvertretende Parteivorsitzende Hannelore Kraft.



© Schütz / pixelio.de

Beim so genannten Bildungsgipfel hat die Bundesregierung mehr Unterstützung für die Länder abgelehnt. Damit rückt das erklärte Ziel, ab 2015 mindes-

tens zehn Prozent in Bildung und Forschung zu investieren, in weite Ferne.

"Bildung bleibt bei dieser Bundesregierung nur heiße Luft", kommentierte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft das Ergebnis. "Das ist eine Blamage für Merkel und Schavan. Wer die Bedeutung von Bildung beschwört und gleichzeitig den Ländern und Kommunen ihre finanziellen Spielräume nimmt, handelt vollkommen widersprüchlich. Die Union hat das Zehn-Prozent-Ziel scheinbar aufgegeben."

Nahles: Länder und Kommunen finanziellen Handlungsspielräume beraubt

Bundeskanzlerin Merkel und Bundesbildungsministerin Schavan hätten sich "blamiert", stellte auch SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles fest. Die Leidtragenden seien nun Schülerinnen und Schüler, Studierende und Lehrpersonal. Nahles kritisierte die Steuer- und Haushaltspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung, die dazu geführt habe, dass Länder und Kommunen "systematisch" ihrer "finanziellen Handlungsspielräume beraubt" worden seien. Nun täte die Bundesregierung überrascht, dass die Länder mehr Unterstützung brauchten, um die ver-



Blickpunkte

einbaren Ausgaben für Kitas, Schulen und Hochschulen zu stemmen.

Hintergrund ist die Vereinbarung von Bund und Ländern, die Investitionen in Bildung und Forschung bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage sehen die Länder aber nur wenig Spielraum für Mehrausgaben. Die Ministerpräsidenten hatten deshalb den Bund aufgefordert, den Ländern einen höheren Anteil am Umsatzsteuerertrag zur Verfügung zu stellen. Merkel lehnte dies aber bis mindestens 2013 ab.

Beck: Im internationalen Vergleich nicht weiter zurückfallen

Auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck zeigte sich enttäuscht: "Ich wäre schon glücklicher, wenn wir heute zu einem Ergebnis gekommen wären." Trotzdem seien die Länder weiter Gesprächsbereit. Jetzt gehe es in den Ländern darum, im internationalen Vergleich im Bildungsbereich nicht zurückzufallen, sagte Beck, der auch Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz ist. Für die geplante Bafög-Erhöhung will Beck sich weiterhin einsetzen. Dies sei wichtiger als das geplante Stipendienprogramm der Bundesregierung.

Nationalen Bildungspakt schaffen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und es kommt jedem Menschen in gleicher Weise zu. Priorität für Bildung ist ein Zeichen unserer Zukunftsfähigkeit. Wir haben dazu einen Antrag (Drs. 17/1957) eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, sich auf dem dritten Bildungsgipfel am 10. Juni 2010 für die Einhaltung der hohen politischen Priorität für Bildung und Forschung als zentrale Zukunftsfelder sowie der nachhaltigen Verbesserung der Bildungsinfrastrukturen im Rahmen eines nationalen Bildungspaktes einzusetzen.



© Reiss / pixelio.de

Bund und Länder haben gemeinsam entschieden, Bildung und Forschung oberste Priorität zu geben. Noch auf Initiative der Großen Koalition hat 2008 der erste Bildungsgipfel stattgefunden und das Versprechen gegeben, die Bildungs- und Forschungsausgaben deutlich auszuweiten. Spätestens 2015

sollen mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufgewendet werden. Auf dem zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009 wurde der zusätzliche Mehrbedarf für Forschung auf rund 17 Milliarden Euro, allein für die Bildung auf mindestens 13 Milliarden Euro beziffert. Der Bund hat angeboten, für die Bildung mindestens 40 Prozent oder 5,2 Milliarden Euro der prognostizierten Lücke zu tragen.

Bund und Länder stehen in der Pflicht, die gemachten Zusagen auch und gerade im Kontext der notwendigen Haushaltskonsolidierung einzulösen und den Mittelaufwuchs gemeinsam zu realisieren. Von den auch zur Einhaltung der Schuldenbremse erforderlichen Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten müssen die angekündigten Ausgabensteigerungen für Bildung und Forschung unberührt bleiben. Um die beiden Ziele Haushaltskonsolidierung und Bildungsfinanzierung miteinander in Einklang zu bringen sind Einnahmeverbesserungen unumgänglich. Ein Aufschlag auf



Blickpunkte

den Spitzensteuersatz auf sehr hohe Einkommen ist hier ein geeignetes und sozial gerechtes Mittel. Die Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 10. Juni 2010 muss sicherstellen, dass unbeschadet der Zuständigkeiten und konkreten Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern die Mehrmittel zum vereinbarten Stichtag 2015 zur Verfügung stehen sowie zur nachhaltigen Stärkung des öffentlichen Bildungswesens genutzt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder einen nationalen Bildungspakt zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen auf den Weg bringen. Dieser muss sicher stellen: die gegenseitige Verpflichtung, bei den notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung die Aufwendungen für Bildung und Forschung nicht zu kürzen, sondern wie vereinbart zu steigern; verbindliche Vereinbarungen für den weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulangebote sowie für eine schrittweise Gebührenfreiheit von Anfang an und für eine gemeinsame Initiative zur Überwindung des verfassungsrechtlichen Kooperationsverbotes im Grundgesetz. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jährlich über die Entwicklung der vereinbarten Maßnahmen des nationalen Bildungspaktes zu berichten.

Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern

Kinder haben ein Recht auf angemessene Förderung, Bildung und Teilhabe. Angebote der frühkindlichen Bildung verbessern die Bildungschancen von

Kindern, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie leisten auch einen erheblichen Anteil zur Integration und Inklusion (Gestaltung eines gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Ausgrenzung) von Kindern und zur Vermeidung von Familien- und Kinderarmut bei. Im Zusammenhang mit der Debatte zum Bildungspakt haben wir einen Antrag (Drs. 17/1973) eingebracht, der im Kern auf die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Betreuung abzielt.

In dem Antrag sind konkrete Forderungen enthalten:

- zur Finanzierung der Ausgaben für frühkindliche Bildung und insbesondere zur Verbesserung der Finanzlage der Kommunen,
- zum Verzicht auf die Einführung eines Betreuungsgeldes,
- zu einer Fachkräfte-Offensive für Erzieherinnen und Erzieher,
- zur Verbesserung der Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege (z.B. Betreuungsschlüssel, Sprachförderung),
- zur mittel- und langfristigen Umgestaltung von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren,
- zur Verbesserung der Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion von Kindern im frühkindlichen Bereich sowie
- zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

NEIN zur Kopfpauschale!

Röslers Kopfpauschale floppt Pläne bergen immer neue Ungerechtigkeiten

Bundesgesundheitsminister Rösler gibt keine Ruhe und will allen Mahnungen zum Trotz an seinen unsinnigen Plänen für die Kopfpauschale in der Gesetzlichen Krankenversicherung festhalten.



© Sturm / pixelio.de

Jetzt soll jedes Mitglied einer Krankenkasse eine Kopfpauschale von durchschnittlich 30 Euro im Monat zahlen. Rösler verspricht, den allgemeinen Beitrag zu senken und für Geringverdiener ermäßigte Beitragssätze vorzusehen. Das ist eine reine Täuschung: Wer wenig verdient, zahlt trotzdem am Ende mehr. Wer beispielsweise eine Rente von 1.000 Euro hat, zahlt über zehn Prozent mehr. Entlastet werden nur die, die besonders gut verdienen. Das ist kein Sozialausgleich, sondern Umverteilung von unten nach oben.

Der gleiche Beitragssatz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hat mit paritätischer Finanzierung nichts mehr zu tun: denn nur die Versicherten müssen künftig die Kopfpauschale von durchschnittlich 30 Euro zahlen und nur sie werden künftige Kostensteigerungen tragen müssen.

Alle komplizierten Vorschläge verschleiern, dass Kopfpauschale Kopfpauschale bleibt: Die Versicher-

ten in der Gesetzlichen Krankenversicherung sollen künftige Belastungen alleine tragen. Einen sozialen Ausgleich soll es nun gar nicht mehr geben. Geringverdiener und Rentner zahlen obendrauf. Die Pläne von Rösler sind nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich: Der Einstieg in die Kopfpauschale ist der Einstieg in die Abschaffung der solidarischen Krankenversicherung.

Das Modell bringt nur Nachteile und keine Vorteile: Die Lohnzusatzkosten steigen, statt wie angekündigt zu fallen, die Nettoeinkommen der Beschäftigten sinken gerade im Bereich der stark belasteten mittleren Einkommen, und den von der FDP angekündigten Sozialausgleich über Steuern, den die Besserverdienenden bezahlen sollten, gibt es jetzt gar nicht. Außerdem ist das Modell ein Bürokratiemonster. Den reduzierten Beitragssatz bekommt das Mitglied nur durch einen Antrag bei seiner Krankenkasse, wobei er dann über seine Mieteinnahmen, Zinseinkünfte und alle anderen Einkommen Auskunft geben muss. Wie die Krankenkasse die Richtigkeit der Angaben prüfen soll ist völlig unklar. Auch ist unklar, was passiert, wenn falsche Angaben gemacht werden. Der einzige Gewinner der Einführung sei der 1.000 Euro verdienende DAK Versicherte mit Zusatzbeitrag von 8 Euro, der um 7 Euro entlastet werde, und den das Ministerium lächerlicherweise dann als Beispiel bringt. Wenn aber die DAK mit den durchschnittlichen 30 Euro nicht hinkommen dürfte, ist selbst dieses Beispiel des Ministeriums falsch gedacht. Hätte er 650 Euro oder 2.000 Euro verdient, wäre er ohnehin mehr belastet worden.



Blickpunkte

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

Keine Zustimmung zu Euro-Rettungsschirm

Berlin/Kreis Steinfurt/Kreis Borken. Obwohl sie keine grundlegenden Einwände gegen das milliarden-schwere Paket zum Schutz des Euro hat, hat die heimische Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer (SPD) dem Regierungsentwurf nicht zugestimmt. Maßgeblich für ihre Stimmenthaltung war die fehlende Bereitschaft der schwarz-gelben Koalition, sich klar und unmissverständlich für eine Finanztransaktionssteuer auszusprechen. Bereits beim Rettungsschirm für das hochverschuldete Griechenland hatte sich die Abgeordnete aus den gleichen Beweggründen der Stimme enthalten.

Die Übernahme von milliarden-schweren Bürgschaften beinhaltet unbestreitbar ein Risiko für den Bundeshaushalt. Es darf nicht sein, dass die Gesamtheit der Steuerzahler auf möglichen Kosten sitzen bleibt, während die Finanzwirtschaft als Verursacher der Krise ungeschoren davon kommt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass auch die Finanzmärkte ihren finanziellen Beitrag zur Bewältigung der Folgekosten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise leisten, fordert die Finanzpolitikerin.

Mit Stipendium in die USA

Kreis Steinfurt/Kreis Borken. Ein Jahr lang in den USA zu leben, zu lernen und zu arbeiten, ist ein großer Traum vieler junger Menschen. Dieser Traum kann mit einem Stipendium schon im nächsten Jahr für einige Schülerinnen und Schüler, aber auch für junge Berufstätige wahr werden. Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) besteht für junge Leute nun diese Möglichkeit, teilt die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer mit.

Im September 1983 wurde gemeinsam vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und vom Deutschen Bundestag ein beidseitiger Jugendaustausch, genannt Parlamentarisches Patenschafts-

Programm, aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung vereinbart.

Dieses Austauschprogramm soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise vermitteln. Das Stipendium umfasst u.a. die Reise- und Programmkosten sowie die notwendigen Versicherungskosten, nicht aber das Taschengeld und Fahrtkosten zu den Auswahlgesprächen. Die Stipendiaten/Stipendiatinnen leben in der Regel in Gastfamilien. Schüler/-innen besuchen für die Dauer eines Schuljahres eine amerikanische Highschool. Für junge Berufstätige sieht das Programm den Unterricht an einem Community College oder einer vergleichbaren Bildungsstätte und ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb vor. Die Teilnehmer können auch selbst Praktikumsplätze in den USA vorschlagen. Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Stipendiaten/Stipendiatinnen als 'junge Botschafter' ihres Landes einen dauerhaften Beitrag zu einer besseren Verständigung zwischen jungen Deutschen und Amerikanern leisten.

Bewerben können sich Schüler/-innen die ihren ersten Wohnsitz in der Bundesrepublik haben und auf gute Schulleistungen verweisen können. Sie müssen zum Zeitpunkt der Ausreise (Stichtag: 31.07.2011) mindestens 15 und dürfen höchstens 17 Jahre alt sein (Geburtstage vom 1.08.1993 bis 31.07.1996).

Besonders würde sich Ingrid Arndt-Brauer freuen, junge Berufstätige für den USA-Aufenthalt zu gewinnen. Diese sollten zum Zeitpunkt der Ausreise ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und mindestens 16, aber höchstens 24 Jahre alt sein (Geburtstage vom 1.08.1986 bis 31.07.1995). Auch arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Ausbildung sind teilnahmeberechtigt.

Bewerbungskarten und nähere Informationen sind im SPD-Bürgerbüro, Bergstr. 11, 48607 Ochtrup unter Tel. 02553-977 1053, Email bue-ro.ochtrup@arndt-brauer.de oder persönlich erhältlich. Die Bewerbungskarte muss bis zum 3. Septem-



Blickpunkte

ber 2010 bei der Austauschorganisation eingegangen sein. Nach einer Vorauswahl durch die Austauschorganisation nominieren dann Abgeordnete, die an dem Programm teilnehmen, Stipendiaten/Stipendiatinnen aus ihrem Wahlkreis.

Lengericher Unternehmer trifft Politikerin



Berlin/Kreis Steinfurt. Fünf spannende Tage in Berlin verbrachte jetzt der Lengericher Unternehmer Ingo Willering als einer von 200 Wirtschaftsjunioren. Der Geschäftsführer der Willering Zaun- und Toranlagen GmbH & Co.KG hatte Gelegenheit, der Horstmarer Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer (SPD) im Rahmen eines Know-how-Transfers bei ihrer Arbeit über die Schulter zu schauen. `Es war spannend zu erkennen, wie sich Politik von unternehmerischem Handeln unterscheidet: Bis Ergebnisse vorliegen, ist erheblich mehr an Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft erforderlich`, berichtete Willering. Die Stippvisite im Bundestag habe ihm deutlich gemacht, dass man seine eigene politische Präferenz spätestens bei jeder Wahl neu hinterfragen und sich mit den Ansichten, Meinungen und Aussagen aller demokratischen Parteien auseinander setzen müsse. Die Zeiten heutzutage würden sich zu schnell ändern, betonte der junge Unternehmer. Gerne würde Ingo Willering auch im nächsten Jahr wieder die Abgeordnete bei ihrer Arbeit im Parlament begleiten. Ab Sommer treten die

Abgeordneten Gegenbesuche in den Unternehmen an, um den Unternehmeralltag besser kennen zu lernen.

Das mittlerweile 16. Treffen von Wirtschaftsjunioren und Bundsparlamentariern zeigt die hohe Akzeptanz, die der Erfahrungsaustausch mittlerweile besitzt. Auch auf Landesebene und mit dem Europäischen Parlament führen die Junioren Know-how-Transfers durch. Die Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) bilden mit rund 10.000 aktiven Mitgliedern aus allen Bereichen der Wirtschaft den größten deutschen Verband von Unternehmern und Führungskräften unter 40 Jahren. Bei einer Wirtschaftskraft von mehr als 120 Mrd. Euro Umsatz verantworten sie rund 300.000 Arbeits- und 35.000 Ausbildungsplätze.

Hubschrauber-Besatzungen wollen mehr Sold

Rheine/Berlin. Die Piloten und Bordtechniker von Transportflugzeugen und Hubschraubern bei der Bundeswehr fordern eine bessere Besoldung. Aus diesem Anlass hat jetzt Reinhard Schlepphorst (i.Bild), Vorsitzender der Interessengemeinschaft des fliegenden und luftfahrzeugtechnischen Personals der Transport- und Hubschrauberverbände der Bundeswehr (IGTH), eine Petition mit knapp 950 Unterschriften an die Vorsitzende des Petitionsausschusses Kersten Steinke (i. Bild re.) im Berlin übergeben. `Unsere Berufsgruppe ist innerhalb der Bundeswehr über die Maßen belastet, trotzdem stehen wir seit Jahren schlechter da als andere - zum Beispiel die Kommandanten bei der Luftwaffe`, betonte Schlepphorst. Vermittelt hatte den Termin die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer.

Bildnachweis

Seite 2 – Joachim Gauck: teutopress.de

Seite 4 – Antrag: Gerhardt / pixelio.de

Seite 7 – Schild: Weiss / pixelio.de

Seite 8 – Schule: Schütz / pixelio.de

Seite 9 – Geld: Reiss / pixelio.de

Seite 10 – Tabletten: Sturm / pxelio.de